

Antrag

der Abgeordneten Steffen Tippach, Heinrich Graf von Einsiedel, Andrea Gysi, Hanns-Peter Hartmann, Dr. Willibald Jacob, Manfred Müller (Berlin), Gerhard Zwerenz, Dr. Gregor Gysi und der Gruppe der PDS

Demokratisierung der EU durch ihre Osterweiterung

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Die anstehende Erweiterung der EU ist eine zentrale und zugleich komplizierte Etappe für die europäische Zukunft. Ihre Bewältigung ist kein einseitiger, sondern ein gegenseitiger Prozeß. Veränderungen sind nicht nur in den Beitrittsländern, sondern auch in der bisherigen EU und ihren Mitgliedstaaten notwendige Voraussetzung für eine ökonomisch-soziale, demokratische und friedliche Entwicklung Europas.
2. Mit der Agenda 2000 sind Kriterien für Beitritte zur EU und eine Heranführungsstrategie festgelegt worden, die kennzeichnend für einen an westeuropäischen Interessen orientierten Beitrittsprozeß sind. Dem dringenden Wunsch der Beitrittsländer auf eine möglichst rasche Mitgliedschaft in der EU werden Bedingungen seitens der EU entgegengesetzt, die vor allem die Gefahr drastischer ökonomischer und sozialer Härten für die Bevölkerung der Beitrittsländer bedeuten. Diese Bedingungen ignorieren die Möglichkeit Westeuropas, durch die Erfahrungen der mittel- und osteuropäischen Länder (MOEL) und ihre spezifischen Wege zur EU selbst verändert und bereichert zu werden.
3. Um der Gegenseitigkeit Rechnung zu tragen, hat die EU vor allem folgende Aufgaben zu bewältigen, wozu die Bundesregierung mit entsprechenden Initiativen beitragen muß:
 - Die Beitrittsverhandlungen sind gleichzeitig mit allen 10 MOEL und Zypern aufzunehmen und zielstrebig voranzubringen.
 - Mit dem Beginn der Verhandlungen ist allen Beitrittsländern eine maximale Mitsprache bei der Entwicklung der EU-Politik in allen Bereichen zu ermöglichen.

- Die Institutionen der EU, der Stand der gesellschaftlichen und politischen Demokratie in der EU sowie deren politische und finanzielle Strukturen sind im Hinblick auf die Erweiterung zu reformieren und auf ein höchstmögliches demokratisches erweiterungsfähiges Niveau zu bringen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, im Rahmen des europäischen Gipfels in Luxemburg am 12./13. Dezember 1997 folgende Initiativen in der EU einzubringen:

1. Für die MOEL und Zypern ist der Status einer konsultativen Mitgliedschaft in der EU zu schaffen, der ihnen die Mitsprache nicht nur hinsichtlich ihres Heranführens an die EU, sondern alle Politikbereiche der EU eröffnet. Dazu ist ein Konsultationsrat zu schaffen, der zwingend zu allen grundlegenden Angelegenheiten der EU angehört werden muß.
2. Eine Zusammenarbeit der MOEL untereinander ist intensiv zu fördern. Ein dafür zu schaffendes langfristiges solidarisches Aufbauprogramm muß zum Ziel haben, die Rekonstruktion der Wirtschaften der MOEL zu stützen und sie mit den anstehenden Strukturwandlungsprozessen in den bisherigen EU-Staaten zu verknüpfen.
3. Die wirtschaftlichen Bedingungen, die die Agenda 2000 für den Beitritt der einzelnen Staaten festlegt, dürfen nicht als Diktat der EU-Staaten ausgeprägt sein. Vielmehr sind je nach ökonomischer Situation für die einzelnen Beitrittsländer mindestens solch flexible Übergangsbedingungen zur Erfüllung des gemeinschaftlichen Besitzstandes der EU einzuräumen, wie sie beispielsweise im Rahmen der Süderweiterung der EU möglich waren. Die Beitrittsfähigkeit der MOEL und Zypern ist laufend zu prüfen.
4. Die Heranführungsstrategie ist dahin gehend zu konkretisieren, daß eine realistische Festlegung der erforderlichen Mittel auf seiten der EU-Staaten und der Beitrittsländer getroffen, eine umfassende Beteiligung der Beitrittsländer an Gemeinschaftsprogrammen ermöglicht und die Perspektive einer Teilmithgliedschaft je nach Integrationsstand eröffnet sind.
5. Mit dem Beginn der Beitrittsverhandlungen müssen parallel solche Reformen der Institutionen, der Struktur-, Finanz- und Agrarpolitik auf den Weg gebracht werden, die die Lasten der Erweiterung solidarisch zwischen EU-Staaten und Beitrittsländern aufteilen. In Kenntnis zu erwartender Kosten der Erweiterung sind daher unterstützende Fonds nicht zu verkleinern, sondern zu vergrößern. Die Beitrittsländer sind an den Beratungen nicht nur zu beteiligen, sondern über den Konsultationsrat zur Mitsprache zu berechtigen.
6. Die vom Bundesminister der Finanzen geäußerte Bedingung für die Osterweiterung, wonach vor einer Erweiterung die Nettobeiträge der Bundesrepublik Deutschland an die EU zu senken sind, wird von der Bundesregierung abgelehnt und nicht mehr zur Sprache gebracht.

7. Eine Europa-Konferenz, wie sie von Kommission und Rat vorgeschlagen wird, ist abzulehnen. Da mit allen MOEL und Zypern gleichzeitig Verhandlungen begonnen werden müssen, um eine weitere Spaltung Europas zu verhindern, ist eine rein psychologisch-kosmetische Schauveranstaltung überflüssig und reine Geldverschwendung. Zugunsten einer effektiven Arbeit des Konsultationsrates sollte deshalb auf eine solche Konferenz verzichtet werden.
8. Im Rahmen der Beitrittsverhandlungen muß die Herstellung demokratischer gesellschaftlicher Zustände in den Beitrittsländern, die Achtung der Menschen- und Minderheitenrechte Priorität gegenüber dem ökonomischen Kriterium der Agenda 2000 haben. Demokratie und die Wahrung der Menschenrechte sind Voraussetzungen für den Beginn einer flexiblen Gestaltung von Übergangsbedingungen hin zur Vollmitgliedschaft.
9. Für die Türkei ist eine klare Beitrittsperspektive zu eröffnen. Unverrückbare Bedingung für den Beginn von Beitrittsverhandlungen ist seitens der EU und der Bundesregierung die Beendigung der gravierenden Menschenrechtsverletzungen gegenüber der kurdischen Bevölkerung und der türkischen Opposition. Zur Unterstützung der Türkei auf dem Weg dahin sind jedweder Rüstungshandel sowie militärische und polizeiliche Ausstattungshilfe einzustellen.

Bonn, den 9. Dezember 1997

Steffen Tippach

Heinrich Graf von Einsiedel

Andrea Gysi

Hanns-Peter Hartmann

Dr. Willibald Jacob

Manfred Müller (Berlin)

Gerhard Zwerenz

Dr. Gregor Gysi und Gruppe

